

Manfred Stolpe Matthias Platzeck

Brandenburg

SPD



Die beiden historischen Reden
vom Jubiläumsparteitag
der SPD Brandenburg am 12. Juni 2010
in der Ofen-Stadt-Halle Velten

ab Seite 5



Manfred Stolpe

20 Jahre Brandenburg –
Heimat, Halt, Hoffnung

ab Seite 19



Matthias Platzeck

Zwei Jahrzehnte „Ja, das geht!“
Brandenburgs SPD 1990 – 2010

Verehrte Leserinnen und Leser,
liebe Freunde der Brandenburger SPD!

20Jahre Brandenburg sind auch 20 Jahre Brandenburger Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung. Seit der ersten freien Landtagswahl 1990 haben die Menschen immer der Brandenburger SPD ihr Vertrauen gegeben und sie zur stärksten Partei gemacht. Damit ist Brandenburg das einzige ostdeutsche Bundesland, dessen politische Entwicklung seit der Vereinigung von Sozialdemokraten geprägt wurde.



Dies wäre ohne viele herausragende Persönlichkeiten an der Spitze der Brandenburger SPD nicht möglich gewesen. Besonders prägend waren neben Regine Hildebrandt unser Gründungsministerpräsident Manfred Stolpe und seit 2002 sein Nachfolger Matthias Platzeck. Manfred Stolpe hatte früher als andere schon zu DDR-Zeiten eine Idee von Brandenburg, die er nach der friedlichen Revolution in der DDR verwirklichen helfen konnte. Sein Engagement für die Entwicklung einer brandenburgischen Landesidentität hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Menschen aus den DDR-Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus schnell in ihrem neuen Bundesland heimisch wurden. Matthias Platzeck hat zunächst als Umweltminister und Potsdamer Oberbürgermeister an diesem Ziel mitgewirkt und ab 2002 eine notwendige Modernisierung Brandenburgs vorangetrieben.

Auf unserem diesjährigen Landesparteitag in Velten haben Manfred Stolpe und Matthias Platzeck zwei große Reden aus Anlass des 20. Geburtstages unseres Landes gehalten, die in der Öffentlichkeit eine große und positive Resonanz gefunden haben. Mit dieser Broschüre machen wir sie einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Beide Reden regen sehr zum Nachdenken an, geben aber vor allem die Gelegenheit, eigene Erinnerungen an die bewegten 20 Jahre seit der friedlichen Revolution Revue passieren zu lassen.

In diesem Sinne wünsche ich eine interessante Lektüre.

Ihr

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Manfred Stolpe', written over a horizontal line.



20 Jahre Brandenburg – Heimat, Halt, Hoffnung

» MANFRED STOLPE, Ehrenvorsitzender der SPD Brandenburg

Ich danke herzlich für die Einladung, hier über 20 Jahre Brandenburg zu sprechen. Ich freue mich sehr über die sorgfältige Arbeit der brandenburgischen Sozialdemokratie bei der Vorbereitung dieses Parteitages. Sie findet sich dokumentiert in dem außergewöhnlichen Leit Antrag mit dem Titel „Gemeinsinn und Fortschritt“. Dieser Text legt allen taktischen Kleinmut ab. Er spricht offen und öffnet dadurch neue Wege. Die Sorgfalt der Analyse umfasst Erfolge, Versäumnisse und neue Aufgaben. Ein ehrliches Wort im Geiste des Dialogs – und im Willen, Zusammenhalt und Tatkraft zu erneuern. Dieser Leit Antrag gibt mir die Möglichkeit, mich auf Kernfragen zu konzentrieren.

Im 75. Lebensjahr – und nach mehr als einer Grenzsituation des Lebens – will ich heute zurückblicken. Ich will sagen, was mir das Wichtigste war und bis heute das Wichtigste geblieben ist. Mehr als drei Jahrzehnte lang habe ich versucht, Gespräche zu fördern, Zuspitzungen zu verhindern, Isolation und Gewalt abzuwenden, die den Menschen zu überwältigen und zu zerbrechen drohen. Da waren die Einschüchterung und die Gewalt

durch staatliche Organe in der DDR. Dann aber war es und ist es auch die Isolation, die Einsamkeit und die drohende Abwertung des Menschen in einem manchmal erbarmungslosen kapitalistischen Konkurrenzsystem.

Ich habe versucht, den Zusammenhalt zu unterstützen. Denn dort, wo Menschen zusammenhalten, wächst der Mut sich zu wehren und große Leistungen zu vollbringen. Nicht die Faust und nicht der Ellenbogen, sondern die ausgestreckte Hand ist die wahre Stärke des Menschen und der Gesellschaft. So habe ich immer an die Solidarität geglaubt und für sie gearbeitet. Für den Zusammenhalt zwischen Nachbarn, Bürgern, Brandenburgern und Deutschen. Es galt in Zeiten der deutschen Teilung, den Zusammenhalt zwischen Deutschen nicht verloren zu geben. Es galt und es gilt im politisch geeinten Deutschland, den sozialen Zusammenhalt zwischen Ost und West, zwischen starken und schwachen Regionen zu wahren.

Zusammenhalt und Solidarität vertragen nicht den arroganten Blick von oben. Sie vertragen nicht die

Verachtung für den Schwächeren. Sie vertragen auch nicht das zerstörerische Gefühl, den Verhältnissen machtlos ausgeliefert zu sein. Wo Menschen wirklich zusammenhalten, da tun sie es als Gleiche, auf Augenhöhe, gleich an Würde und Wert, gleich im Recht und gleich an Chancen. Das ist das Versprechen einer wahren Demokratie. Das ist die Lehre unserer Vergangenheit, der dunklen ebenso wie der helleren Tage. Das ist die Stärke und die Zukunft unseres Landes.

Und deshalb galt es und es gilt noch immer: Wir wollen kein Leben, das nur ein Oben und ein Unten kennt. Wir dürfen eine Zweiklassengesellschaft niemals hinnehmen! Das ist die Idee, die wir mitgenommen haben aus dem Jahr 1989. Niemals dürfen wir das bitter-gefährliche Gefühl der Zweitklassigkeit akzeptie-

„Wir erinnern uns heute an Weggefährten, die nicht bei uns sind. Ich denke vor allem an Regine Hildebrandt.“

ren. Niemals mehr Menschen erster und zweiter Klasse! Das ist das Vermächtnis, das ist der Auftrag!

Wir erinnern uns heute an Weggefährten, die nicht bei uns sind. Ich

denke vor allem an Regine Hildebrandt. Ich denke daran, wie früh sie die vielen Umbrüche erkannt hat, die auf uns zukamen. Wie beherzt und mit welcher Tatkraft sie den Menschen beistand und wie sie Mut machte und Hoffnung gab für den Neuanfang. Ihr müsst Euch nicht ducken. Ihr müsst Euch nicht verbiegen. Ihr müsst nicht so tun, als wäret Ihr erst am 3. Oktober 1990 geboren. Euer Leben in der DDR verdient Achtung. Und Eure Erfahrungen in Diktatur und Umbruch sind wertvoll für den Neuanfang. Das war ihre und unsere Botschaft.

Ich weiß, dass dies nicht unumstritten ist. Wir haben Wellen der Kritik, auch der Schmähkritik dafür bekommen. Aber ich habe keinen Zweifel daran: Nicht als Gebeugte und nicht als Gebrochene, sondern im aufrechten Gang haben wir unser Land neu gegründet. Der Stolz der Ostdeutschen auf die Leistung der letzten 20 Jahre ist berechtigt und wird historisch Bestand haben.

Unser Brandenburg ist das Kind einer friedlichen Revolution. Am Anfang war der Mut. Der Mut von Hunderten, der Mut von Tausenden und schließlich der Mut von Hunderttausenden Menschen, die sich nicht mehr einschüchtern

ließen. Ich will bekennen, dass ich in den Wochen des Jahres 1989, als alles auf Messers Schneide stand, oft mehr Sorge als Zuversicht hatte. Es gab andere, die entschiedener auf den Wandel drängten und den Staatsorganen die Stirn boten – wir schulden ihnen größten Respekt und Dank.

In meiner Generation saßen die Erfahrungen des Krieges, der blutig niedergeschlagenen Aufstände vom 17. Juni

1953, von 1956 und 1968 sehr tief. Zu tief vielleicht, um im Sommer 1989 nicht von Unruhe und Sorge vor einem Gewaltausbruch erfüllt zu sein. Wir hatten den Mauerbau 1961, die nachts rollenden Armeelaster und Panzer und die eiserne Klammer des Kalten Krieges als tief einschneidende und prägende Erlebnisse erfahren.

Wenn ich dies sage, denke ich noch immer, dass diese friedliche Revolution ein Wunder war und ein unfassbares Glück. Und ich bin dankbar, dass es so kam. Dankbar denen, die mutiger demonstriert haben und entschlossener an eine bessere Zukunft glauben konnten. Sie haben den Anfang gemacht.

Am Anfang war der Mut zur Hoffnung. Aber auch der Schritt in die

Verantwortung wurde nötig. Die Runden Tische, die im Revolutionsherbst entstanden, verbanden beides. Sie gaben der friedlichen Revolution ein Organ des Dialogs und des Ausgleichs, dessen Bedeutung man gar nicht hoch genug einschätzen

„Der Stolz der Ostdeutschen auf die Leistung der letzten 20 Jahre ist berechtigt und wird historisch Bestand haben.“

kann. Die staatlichen Institutionen brachen in sich zusammen. Nach der Maueröffnung verließen täglich Tausende die DDR, die Versorgung und die medizinische Betreuung waren gefährdet, das Finanzsystem kollabierte, das öffentliche Leben und die gesamte innere Ordnung hingen am seidenen Faden. Auch die Angst, dass doch noch sowjetische Panzer rollten, war noch berechtigt.

In diese Lage hinein, mitten im Umbruch in die Verantwortung zu gehen, erforderte nicht weniger Courage und Bürgermut als die Demonstrationen der ersten Stunde. Chaos zu verhindern, war wichtig. Den Freiheitsgewinn auf einen halbwegs gesicherten Weg zu einer neuen legitimierten Ordnung zu führen, daraus sprach die große Reife dieser Revolution. Deshalb war sie etwas

historisch Neues und Einzigartiges, das in aller Welt bewundert wurde.

Im September und Oktober 1989 hießen die Forderungen: Meinungsfreiheit, freie Wahlen, Reisefreiheit, Rechtssicherheit. Auch das Evangelische Kirchenparlament hat sie im September ultimativ erhoben. Viele vertraten die Meinung, eine andere DDR müsse entstehen. Und auch die vier Siegermächte sahen es so. Dann kam am 9. November der Sturm auf die Mauer und veränderte die Lage schlagartig.

Nie wurde ich als Chef-Jurist der Evangelischen Kirche so intensiv von Vertretern der vier Mächte befragt wie im November und Dezember

„Recht, nicht Rache, Wahrheit und Versöhnung – das war der Weg, den wir eingeschlagen haben.“

1989. Baker, Mitterand, Jakovlew und Primakow gehörten dazu. Alle wollten wissen: Gibt es jetzt Chaos und Bürgerkrieg in der DDR? Sind internationale Spannungen und Konfrontationen in Europa die Folge?

Die Mauer war das am meisten verhasste Symbol der Diktatur. Ihr Sturm war so etwas wie der Sturm auf die Bastille 200 Jahre zuvor. Un-

sere Antwort konnte also nur sein: Am Tag des Mauerfalls haben die DDR-Bürger ihren Freiheitswillen durchgesetzt und ihr Selbstbestimmungsrecht zurückerobert. Und nur freie Wahlen konnten neue Ordnung und neue Stabilität schaffen.

Die Runden Tische, die in dieser heiklen Phase mit Geduld, Geschick und Einfühlungsvermögen eine neue Gesprächskultur schufen, ohne Hass und Rache agierten, sie trugen dazu bei, dass die internationale Achtung wuchs und alle Vier Mächte dem Weg zu schnellen freien Wahlen zustimmten. Schließlich kam das Politbüro der KPdSU Anfang 1990 zu dem entscheidenden Beschluss, dass die Fortsetzung der Ost-West-Annäherung wichtiger sei als die gewaltsame Aufrechterhaltung der DDR.

Die Diktatur hat eine große Bürde hinterlassen. An erster Stelle das Unrecht, das sich in die Lebensläufe vieler Menschen eingegraben hat. Ich war der Auffassung: Schwere Unrechtstaten mussten geahndet werden. Was strafrechtlich relevant war, musste mit den Mitteln des Rechts aufgeklärt und bestraft werden. Dabei musste der unerbittliche Grundsatz gelten: Recht, nicht Rache. Hans-Otto Bräu-

tigam hatte als erster Justizminister des Landes einen untrüglichen Kompass dafür.

Dass es keinen Rachefeldzug geben durfte, ist vor allem ein Gebot des Rechtsstaates, den wir aufbauen mussten. Es ist aber auch ein Gebot der Menschlichkeit, nicht alles über einen Kamm zu scheren und nicht blind zu werden für die Besonderheiten individueller Lebenswege. Ich hoffe sehr, dass eine jüngere Generation, die kaum oder keine eigene Anschauung mehr von der DDR hat, diese Wahrheit nicht vergisst: Es gab nicht nur Täter und Opfer. Es gab in der überwältigenden Mehrheit vielfache Versuche, im falschen System ein anständiges Leben zu führen.

Vergessen wir nicht die Menschen, die 1989 in staatlichen Funktionen waren, Polizisten, Soldaten, Grenzbeamte, Parteisekretäre, von denen viele Anteil daran hatten, dass nicht geschossen wurde. Auch sie gehören zur Geschichte dieser friedlichen Revolution. Menschen, die ihre Macht abgaben, auf die mögliche Gewaltanwendung verzichteten.

Recht, nicht Rache, Wahrheit und Versöhnung – das war der Weg, den wir eingeschlagen haben. Wie es mir der südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu, ein Vertrauter von Nelson Mandela, nahe legte.



Wir sprechen von der Wiedergeburt Brandenburgs. Die Geburtsurkunde, die den Geist von 1989 in einer kristallklaren Sprache aufnimmt, ist unsere Verfassung. Ihre ersten Worte sind die Worte aufrechter Bürger. Keine Gebückten und Gebeugten, sondern aufrechte und stolze Bürger einer siegreichen Revolution: „Wir, die Bürgerinnen und Bürger des Landes Brandenburg, haben uns in freier Entscheidung diese Verfassung gegeben, im Geiste der Traditionen von Recht, Toleranz und Solidarität

in der Mark Brandenburg...“ So wurde es von allen Parteien des damaligen Landtages gemeinsam formuliert und am 14. Juni 1992 in einer Volksabstimmung von 94 Prozent bestätigt.



Man darf nicht außer Acht lassen: Brandenburg war ein vergessenes Land, schon als Begriff nicht mehr existent. Thüringer und Sachsen hatten auch in der DDR noch eine Identität. Der Landstrich zwischen Elbe und Oder jedoch war geschichtslos geworden. Als dieses Brandenburg neu aus der Taufe gehoben wurde, galt es daher, auch die tieferen historischen Wurzeln wieder zu entdecken. Manche haben das abschätzig betrachtet, als Ablenkung von den Tagesproblemen, gewissermaßen neues Opium fürs Volk. Ich glaube aber, die Bindung an Landschaft und

Kultur und die Sorge um unschätzbare Baudenkmäler ist eine Quelle der Kraft. Sie gibt Heimat, Halt und Hoffnung. Und eine große Mehrheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger sah es ebenso.

Es mutet heute ja beinahe märchenhaft an, dass die erste Koalition, die bei der Geburt des Landes Hebammendienste leistete, ausgerechnet eine „Ampel“ aus FDP, Bündnis 90 und SPD war. Und die Leute reiben sich doch die Augen, wenn ich ihnen zu erklären versuche, dass PDS und CDU im Landtag oft mit im Boot waren und dass bis 1994 15 Gesetze von allen Fraktionen gemeinsam eingebracht wurden.

Aber gerade die an sich heterogene Formation der „Ampel“ repräsentierte das damalige Brandenburgbündnis, das in schwieriger Zeit und vor immensen Herausforderungen Brücken zwischen den Lagern bauen wollte. „Konsensdemokratie“ nannten es manche Beobachter abfällig. Mir war dies wichtiger als eine „Konfrontationsdemokratie“ mit parteipolitischer Rechthaberei unter Vernachlässigung der Landesinteressen.

Ich kann über 20 Jahre Brandenburg nicht sprechen, ohne das zu benennen, was oft beschönigend als

„Transformationsprozess“ beschrieben wird. Man kann das Schockartige dieses Totalumbruchs nur erfassen, wenn man die Hochstimmung von 1989 und 1990 begreift. Zuerst der Aufstieg in die Freiheit, das Aufatmen, der bedrückenden Käseglocke des SED-Regimes entronnen zu sein. Dann dieser beängstigende Sturzflug des Ostens in die deutsche Einheit, in ein unbekanntes System. Die Sieger der Revolution drohten zu Verlierern der Einheit zu werden!

Der politisch-rechtliche Umbruch brachte ein neue Art der Verwaltung auf allen Ebenen, das gestandene Fachleute wie Hilfsschüler aussehen ließ und erst noch gelernt und eingeübt werden musste. Es brachte zum Beispiel viel Verunsicherung, ob selbstgenutztes Grund- und Wohneigentum, das im guten Glauben vom Staat erworben wurde, gegen Rückübertragungsansprüche Bestand haben würde.

Der Umbruch von Wirtschaft und Arbeit beseitigte schlagartig die staatliche Kontrollwirtschaft und führte den Markt als zentrale Bestimmungskraft über Leben und Sterben der Betriebe ein – mit ver-

heerenden Folgen für Tausende Unternehmen und Hunderttausende Arbeitsplätze. Alles bündelte sich in dem sozialen und mentalen Umbruch, der das Leben der Menschen in praktisch jeder Beziehung aus den Angeln hob und sie einem beispiellosen Veränderungsstress aussetzte.

Man müsste lange und differenziert über all das sprechen. Ich will mich auf ein einziges Problem konzentrieren, das wie kein zweites zur Ursache von Verunsicherung wurde und das wie nichts anderes das um sich greifende Gefühl der Deklassierung heraufbeschworen hat: Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Massenarbeitslosigkeit. Das wurde Dreh- und Angelpunkt aller unserer politischen Aufgaben.

„Als dieses Brandenburg neu aus der Taufe gehoben wurde, galt es daher, auch die tieferen historischen Wurzeln wieder zu entdecken.“

Ich kann mich gut erinnern an Gespräche mit Kanzler Kohl und mit Bundesarbeitsminister Blüm, die uns sagten: Regt Euch nicht auf, es muss keiner unter der Brücke schlafen, es gibt Arbeitslosen- und Sozialhilfe und dann geht es den Leuten immer noch besser als in der DDR. Regine Hildebrandt und ich haben

uns den Mund fusselig geredet, um diese fatale Banalisierung zu verhindern. Denn wir ahnten, was bald zur Gewissheit wurde: Wer die Sorge um Arbeit gering schätzt, der verletzt den innersten Nerv der Selbstachtung und droht die gesamte Gesellschaft zu lähmen. Arbeit begründet als aktive Teilhabe unsere Gesellschaft und ihr massenhafter Verlust kann die Gesellschaft zerstören.

Ich hatte den Eindruck, dass die damalige Bundesregierung in ihrem eigenen Weltbild gefangen war: Was dem Markt nicht standhielt, musste nicht gehalten werden. Zum reinen Markt gehört auch die Vertilgungskonkurrenz, bei der etablierte Unternehmen ostdeutsche Betriebe aufkauften, um sie stillzulegen und als Wettbewerber auszuschalten. Stilllegung Ost – das war die verheerende Folge einer falschen Politik. Stille-

„Nicht erdulden, sondern gestalten, Aktivität statt Passivität fördern, Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – das war unsere Maxime.“

gung von Betrieben, Stilllegung von ostdeutschen Talenten, Potenzialen, Stilllegung von Arbeitskraft. Und dann die Ruhigstellung der Arbeitslosen mit Sozialleistungen, die die Kosten der Einheit in die Höhe tri-

ben und die gesamtdeutsche Solidarität der ersten Stunde gefährdeten.

Wir haben mit den beschränkten Mittel eines Landes dagegen angekämpft. Wir wollten das Selbstbewusstsein und damit die Selbstheilungskräfte der Brandenburger wecken. Nicht erdulden, sondern gestalten, Aktivität statt Passivität fördern, Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren – das war unsere Maxime. In den Worten Regine Hildebrandts, deren herzlich-raue Stimme Ihr alle im Ohr habt: „Geht nicht, gibt's nicht!“

Wir haben in den 90er-Jahren die menschenmöglichen Kräfte einer Landesregierung aufgeboten und wir haben manches erreicht. Wir haben mit allen nur möglichen Förderansätzen 47 Industriekerne gesichert und ein Geflecht industriebezogener

Dienstleistungen ermöglicht. Wie zum Beispiel die Stahlstandorte in Brandenburg an der Havel, Henningsdorf

und Eisenhüttenstadt, die Chemie in Schwarzheide, Schwedt und Guben, die Fahrzeugindustrie Ludwigsfelde.

Wir haben Stadtkerne gerettet, Straßen modernisiert und die Infra-

struktur des Landes binnen weniger Jahre ins 21. Jahrhundert geführt. Wir haben Universitäten gegründet und Forschungsstätten angesiedelt. Wir haben die Bildungs- und Weiterbildungsangebote hochgefahren, damit die Menschen mitkommen, wo alles sich wandelt. Wir haben Investoren umworben und Existenzgründer ermutigt und stark unterstützt. Einhunderttausend Frauen und Männer haben sich in Brandenburg selbstständig gemacht. Das ist prozentual mehr als in jedem anderen ostdeutschen Land.

Nicht zuletzt haben wir für Brandenburg Freunde, Förderer und Bündnispartner gesucht, im Westen, aber auch im Osten, diesseits und jenseits der Grenzen. Und man darf nicht unterschätzen, wie sehr uns die gute Freundschaft unserer polnischen Nachbarn einbettet in das größere europäische Netzwerk wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Beziehungen.

Wir haben von Anfang an auf enge Zusammenarbeit mit Berlin gesetzt. Wir wollten ein gemeinsames Land bilden. Nach dem Scheitern der Volks-

abstimmung über die Bildung eines Landes Berlin-Brandenburg haben wir den „Plan B“ vertiefter Kooperation verfolgt, die uns zum Beispiel zu gemeinsamen Gerichten und einer gemeinsamen Rundfunkanstalt geführt hat und den Flughafen Berlin-Brandenburg-International. Aber Ermüdung und Selbstzufriedenheit

„Wer zusammenarbeitet, der wächst zusammen. Berlin und Brandenburg bilden eine ideale Metropolenregion, die sich in ihren Stärken ergänzt. Sie ist unsere Zukunft.“

machen sich gelegentlich breit. Eine übereilte neue Fusionsdebatte brauchen wir nicht. Aber wir brauchen den entschlossenen Willen zur guten Zusammenarbeit. Denn wer zusammen arbeitet, der wächst zusammen. Berlin und Brandenburg bilden eine ideale Metropolenregion, die sich in ihren Stärken ergänzt. Sie ist unsere Zukunft.

Aber wir sind an manchen Dingen gescheitert. Und jedes Scheitern schmerzte. Ansiedlungen, die mehr auf Hoffnung als auf Realismus gebaut waren und sich zerschlugen. Betriebe, die nach dem zweiten oder dritten Rettungsversuch trotzdem dicht machen mussten. Regionen, die trotz hoher Fördersummen kei-

ne selbsttragende Wirtschaft entwickelten. Ich musste bitter lernen, dass auch der äußerste politische Wille nicht ausreicht, um Unternehmen an bestimmten Standorten zu halten. Manchmal wurde ich als starrsinniger Gärtner verspottet, der überall mit seiner Gießkanne herumzieht und doch nichts zum Blühen bringt.

Dann und wann aber hat es geklappt. Da ist der Samen doch noch aufgegangen. Und daraus ist einiges gewachsen. Unter anderem bin ich froh, dass der Optikstandort Rathenow wieder lebt und für Frankfurt (Oder) sich eine neue Perspektive als Solar-Stadt ergab.

Wir haben wie die Löwen um jeden Arbeitsplatz gekämpft und niemanden einfach abgeschrieben oder verloren gegeben. Ehrgeiziges Ziel war, die Arbeitslosenquote unter zehn Prozent zu bringen. Wir haben keine schnellen Siege errungen. Aber wir haben vielleicht den Grundstein dafür gelegt, dass Brandenburg im Mai 2010 mitten in einer Wirtschaftskrise mit knapp über 10 Prozent hinter Thüringen die niedrigste Arbeitslosenquote der neuen Bundesländer hat. Brandenburg hat sich behauptet.

Die letzten 20 Jahre haben Brandenburg gefestigt. Worauf kommt es für



die nächsten 20 Jahre an? Die gegenwärtigen Krisen des Finanzkapitalismus schärfen unseren Blick für zwei große Gefahren. Die erste ist die Aushöhlung der Demokratie, wenn das Parlament nur noch Erfüllungshilfe der anonymen Befehle des Kapitalmarktes wird. Und die zweite Gefahr ist die Rückkehr der Klassen-

spaltung, wenn die Demokratie ihre Aufgabe des sozialen Ausgleichs nicht erfüllt.

Wie können wir diesen Gefahren wehren? Im Bewusstsein unserer Erfahrungen und im Blick nach vorn sage ich: Arbeit, Bildung, Zusammenhalt, diese Drei:

» Arbeit, weil der Mensch seinen Teil beitragen will zur Wohlfahrt einer Gesellschaft, ohne die er nicht leben kann. Weil es nicht reicht, den Menschen Geld in die Hand zu drücken. Weil erzwungene Arbeitslosigkeit erniedrigt und ausgrenzt.

» Bildung, weil der Wandel nicht aufhört. Weil wir nur dann nicht Getriebene, sondern Gestaltende dieses Wandels werden, wenn wir seine Kräfte begreifen und das Lernen lernen.

» Schließlich Zusammenhalt, weil der Mensch als isolierte Existenz am Rande oder außerhalb der Gesellschaft der Verrohung preisgegeben ist. Zusammenhalt darf keine schöne Theorie bleiben. Zusammenhalt muss zu einem Tätigkeitswort werden. Und ob wir als Mitmenschen zusammen halten, zeigt sich in der Praxis. Nicht nur gucken, sondern kümmern – das muss unsere goldene Regel sein.

Mir ist um die Zukunft nicht bange. Ich sehe die nachwachsende Generation brandenburgischer Sozialdemokraten. Ich sehe Matthias Platzeck. Er steht für eine neue Ära des wiedergeborenen Landes. Er steht

„Wir haben wie die Löwen um jeden Arbeitsplatz gekämpft und niemanden einfach abgeschrieben oder verloren gegeben.“

für Erneuerung aus eigener Kraft. Ich habe keinen Zweifel: Er ist der erste einer neuen politischen Generation, die für Brandenburg, für den Osten, für ganz Deutschland die innere Einheit der Gesellschaft erreichen wird.

Vergiss' zum Schluss nicht danke zu sagen, lautete eine Dauerermahnung meiner Mutter. Deshalb, liebe Freunde, will ich mit einem Dank schließen:

» Ich will Dank sagen den Männern und Frauen der friedlichen Revolution, die 1989 die Angst überwinden und das Unterdrückungssystem aufbrechen.

» Ich will Dank sagen den Politikern der ersten Stunde, die den Weg von den Runden Tischen zu einer neuen Ordnung wiesen. Sie waren nicht vorbereitet, aber sie wichen der Verantwortung nicht aus. Als die DDR im Frühjahr 1990 praktisch

schon nicht mehr existierte, eine neue Landesverwaltung aber noch weit entfernt war, da führten sie die Kommunen.

» Ich will Dank sagen den Abgeordneten im ersten Landtag. Ja, wir waren „Laienspieler“. Aber Laien zu sein war unser Vorteil, denn wir kannten das wirkliche Leben und wussten, was dieses Land und die Menschen brauchten.

„Parteien vertreten Interessen. Und die SPD vertritt die Interessen der kleinen Leute. Wir sind und wir werden die kleinen Leute sein.“

» Dank sage ich den Menschen, die als Aufbauhelfer zu uns gekommen sind. Es waren zumeist selbstlose Helfer, die verhinderten, dass wir wie Blinde im neuen Rechtssystem herumirrten. Leute, die anfangs unter schier unglaublich schwierigen Bedingungen Verwaltung, Medien, soziale Organisationen ins Laufen brachten.

Dank sagen will ich meiner Partei, der SPD, der ich seit 20 Jahren angehöre. Bis Anfang 1990 habe ich nicht geglaubt, eine Parteimitgliedschaft sei nötig, um Einfluss zu nehmen. Anfang 1990 fragte mich Bundeskanzler Kohl, ob ich der „Allianz für Deutschland“ beitreten wolle. Ich

habe das abgelehnt. Aber mir wurde in den folgenden Monaten immer klarer: Jeder braucht Verbündete, um die Interessen zu wahren, die für ihn entscheidend sind.

Die SPD, das ist für mich die Partei Willy Brandts, der von West-Berlin aus zu uns in den Osten ausstrahlte und im August 1961 sagte: Wir werden Euch nicht vergessen. Die Schandmauer wird fallen. Die SPD, das ist für mich die Partei von Johannes Rau, der die Sorgen in Ostdeutschland sehr ernst nahm, im Umbruch ein-

fach beiseite gedrängt zu werden. Der selbst große Umbrüche von den Industrievieren Nordrhein-Westfalens kannte und der uns sagte, dieser Strukturumbruch dauert nicht drei Jahre, wie Kohl versprach, sondern 30 Jahre. Und genau diese drei Jahrzehnte wurden dann auch zum Maßstab des Solidarpaktes II bis 2020. Die SPD, das ist für mich die erste neu gegründete ostdeutsche Partei, die am 7. Oktober 1989 unweit von hier in Schwante startete.

Parteien vertreten Interessen. Und die SPD vertritt die Interessen der kleinen Leute. Wir sind und wir werden die kleinen Leute sein. Brandenburg braucht die SPD!





Wir in Brandenburg

Zwei Jahrzehnte „Ja, das geht!“ Brandenburgs SPD 1990 – 2010

» MATTHIAS PLATZECK, Vorsitzender der SPD Brandenburg

Zwei Jahrzehnte Brandenburg und zwei Jahrzehnte Brandenburger Sozialdemokratie liegen hinter uns. Zwei Jahrzehnte: Wenn man in ganz großen geschichtlichen Zusammenhängen denkt, ist das eine kurze Zeitspanne, keine Ära, keine Epoche. Aber für alle, die diese 20 Jahre aktiv miterlebt haben, waren sie sehr wohl eine Ära. Für viele von uns – auch für mich – waren diese 20 Jahre die intensivsten und zugleich die erfülltesten Jahre unseres politischen Lebens. In diesen 20 Jahren haben wir gemeinsam Brandenburg aufgebaut.

Heute, auf diesem Parteitag, haben wir also allen Grund, innezuhalten und uns noch einmal den Weg vor Augen zu führen, den wir in dieser Zeit zurückgelegt haben. Aber seid unbesorgt: Ich werde hier trotzdem keine weihevollen „Festrede“ halten. Es geht nicht um Nostalgie. Die Zeiten sind ernst. Die Zeiten sind kompliziert. Wir haben viel zu tun. Vor uns liegen schwierige Aufgaben.

Über diese Aufgaben vor allem müssen wir reden, heute und jeden Tag. Nichts anderes erwarten die Bran-

denburgerinnen und Brandenburger von ihrer Brandenburgspartei SPD:

» Sie wollen sehen, dass wir mit-
ten im Leben stehen.

» Sie wollen sehen, dass wir mit-
ten unter den Menschen unseres
Landes sind.

» Sie wollen sehen, dass wir den
Blick nach vorn richten und gemein-
sam mit ihnen ihre Probleme lösen.

Mitten im Leben stehen und Probleme lösen: So haben wir es immer gehalten. Das macht unsere Brandenburger Sozialdemokratie aus. Das ist unsere Stärke. Dafür sind wir in den vergangenen 20 Jahren auf allen Ebenen gewählt worden. Und dafür werden uns die Brandenburgerinnen und Brandenburger hoffentlich auch in Zukunft wählen, wenn wir unserem eigenen Anspruch weiterhin gerecht werden.

Aber: Schwierige Aufgaben lassen sich besser bewältigen, wenn man sich immer wieder klar macht, woher man eigentlich kommt und wofür man eigentlich steht. Schwierige Aufgaben lassen sich besser bewältigen, wenn man sich vor Augen führt, welche Herausforderungen man

bereits gemeistert hat, welche Hürden überwunden sind und welche Probleme gelöst.

Vergangene Erfolge sind niemals ein Ruhepolster, auf dem wir uns ausruhen dürfen. Aber eines sind vergangene Erfolge und gemeisterte Probleme ganz sicher: Sie sind der Beweis dafür, dass es geht; dass sich in schwieriger Lage immer wieder Lösungen finden lassen.

Sie sind der Beweis dafür,

» dass sich Widerstände überwinden lassen,

» dass Rückschläge weggesteckt werden können,

» dass sich die Dinge zum Besseren entwickeln können – wenn man nur hart genug dafür arbeitet.

Regine Hildebrandt, der unsere Partei so viel verdankt, hatte mindestens

„Erzählt mir doch nicht, dasset nich jeht. Das war gewissermaßen Regines brandenburgischer Vorläufer von ‚Yes we can‘...“

zwei Leitsprüche. Einen sinnstiftenden Leitspruch fürs Grundsätzliche, der hieß: „Kinder, vergesst nicht, der eigentliche Sinn des Lebens liegt im Miteinander.“ Und Regine hatte auch einen Leitspruch für die prakti-

sche Politik, der hieß kurz und prägnant: „Erzählt mir doch nicht, dasset nich jeht“.

„Erzählt mir doch nicht, dasset nich jeht“: Das war gewissermaßen Regines brandenburgischer Vorläufer von „Yes we can!“ – und zwar schon lange bevor Barack Obama in Amerika auf die politische Bühne trat. Mit ihrem „Ja, das geht“ hat Regine Hildebrandt den besonderen Geist unserer Brandenburger Sozialdemokratie auf den Punkt gebracht. Dieser zupackende Geist, dieses unbedingte Gestalten-Wollen auch unter schwierigsten Bedingungen – das hat unsere SPD hier in Brandenburg von Anfang an ausgezeichnet.

Das hat auch mich schon in den Jahren vor 1995, als ich noch nicht in die SPD eingetreten war, für diese Landespartei immer eingenommen. „Ja,

das geht!“: Genau das ist unsere Überzeugung und auch unsere Erfahrung aus 20 Jahren. Wäre die Brandenburger Sozialdemokra-

tie nicht von Anfang an und immer wieder in den letzten 20 Jahren von dieser Grundwahrheit überzeugt gewesen: Wir wären heute nicht ohne Wenn und Aber die Brandenburgspartei. Die sind wir geworden, eben

weil wir angepackt, weil wir Probleme angegangen sind und gelöst haben.

„Ja, das geht!“. Ohne diese Grundhaltung hätte die Sozialdemokratie in unserem Land im Herbst 1989 gar nicht erst gegründet werden können – gleich hier in der Nähe, nur ein paar Kilometer nordwestlich, in Schwante.

Ohne diese zupackende Einstellung wäre die Brandenburger Sozialde-

mokratie in den schweren neunziger Jahren niemals auf die Beine gekommen. Ohne dieses über zwei Jahrzehnte immer wieder bekräftigte und ansteckende „Ja, das geht!“ unserer Partei würde Brandenburg heute anders dastehen – und ganz bestimmt nicht besser.

Wir Brandenburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten neigen ja nicht zum Überschwang. Wir sind durchaus kritische, zum Glück auch selbstkritische Menschen. Aber heute, fast zwanzig Jahre nach der Gründung unseres Landes, für das wir ebenso lange politische Verantwortung tragen – heute sollten wir ruhig auch einmal stolz sein auf das gemeinsam Erreichte.

Nein, es war und ist bestimmt nicht alles gut bei uns in Brandenburg:

» Wir haben seit vielen Jahren mit dem wirtschaftlichen Strukturwandel zu tun, mit Arbeitslosigkeit, demografischer Schrumpfung und mit der Alterung unserer Gesellschaft.

» Wir haben, als wir 1990 anfangen, eine schwer belastete Umwelt vorgefunden.

„Ja, das geht! Ohne diese Grundhaltung hätte die Sozialdemokratie in unserem Land im Herbst 1989 gar nicht erst gegründet werden können.“

» Wir haben, als wir 1990 anfangen, in Brandenburg so gut wie keine Hochschulen und erst recht keine Universitäten vorgefunden. Die legendäre Akademie für Staat und Recht und die berüchtigte Stasi-Hochschule, mehr hatte es hier ja kaum gegeben.

» Wir mussten uns mit rechtsextremistischen Einstellungen und Gewalttätern in unserer Gesellschaft auseinandersetzen. Und wir haben ekelhafte Rechtsextremisten in unserem Landtag erleben müssen.

» Uns haben Hochwasser an Oder und Elbe bedroht, und unsere Deiche waren weder hoch genug noch gut genug.

Das alles stimmt. Das alles hat es ge-

geben – und viele weitere Probleme noch dazu. Aber Lebens- und Überlebensfähigkeit erweist sich darin, ob Menschen dazulernen und Missstände korrigieren. Und das haben wir getan:

» Im wirtschaftlichen Strukturwandel haben wir die Talsohle durchschritten. Wir haben auf hochwertige Produkte gesetzt, auf innovative Technologien und wissensintensive Branchen.

» Mit Erfolg: In Brandenburg produzieren heute moderne Unternehmen moderne Produkte und Dienstleistungen; und die Arbeitslosigkeit in unserem Land ist massiv gesunken.

„In Brandenburg ist eine engagierte Zivilgesellschaft entstanden, die sich stark macht für Demokratie, für Toleranz und für Weltoffenheit.“

» Die katastrophale Belastung unserer Luft, unserer Flüsse und unserer Seen haben wir eingedämmt. Wir haben gründlich aufgeräumt und Altlasten beseitigt. Und wir sind heute in Deutschland Spitzenreiter bei den klimaschonenden erneuerbaren Energien.

» Wir haben eine moderne und wettbewerbsfähige Hochschullandschaft aufgebaut, mit drei Universitäten in Potsdam, in Frankfurt, in

Cottbus und dazu einer ganzen Reihe leistungsstarker Fachhochschulen.

» Im Brandenburger Landtag sitzen heute keine Rechtsextremisten mehr. Den menschenverachtenden Rechtsradikalen im Land treten längst überall entschlossene Demokratinnen und Demokraten entgegen – und wenn es sein muss auch eine gut organisierte Polizei. In Brandenburg ist eine engagierte Zivilgesellschaft entstanden, die sich stark macht für Demokratie, für Toleranz und für Weltoffenheit.

» Mit den demografischen Umbrüchen zurechtzukommen, wird auch in Zukunft äußerst schwierig bleiben – und sogar noch schwieriger werden. Leichte Antworten gibt es nicht; der „Wendeknick“ zum Beispiel lässt sich nachträglich nun

einmal nicht mehr rückgängig machen, und dessen demografisches Echo kommt unweigerlich: Wer gar nicht erst geboren wurde, kann nun einmal keine Kinder kriegen.

Auch die Abwanderung der vergangenen Jahre ist eine Tatsache. Aber was wir in Brandenburg tun können, das haben wir getan und das werden wir auch weiterhin tun – etwa mit innovativen Konzepten in der

Bildungs- und Familienpolitik, in der Gesundheitsversorgung, beim Stadtumbau und -rückbau oder beim öffentlichen Nahverkehr.

» Auch aus den Hochwasser-Erfahrungen von 1997 und 2002 haben wir gelernt. Unsere Deiche haben wir aufwändig erneuert und verbessert; ihre vorerst größte Bewährungsprobe haben sie an der Oder soeben erst bestanden.

Übrigens: Manche meinen ja, die eigentliche, die emotionale Gründung Brandenburgs habe erst im Sommer 1997 stattgefunden, auf und hinter den Oderdeichen. Da ist sogar was dran. In der Solidarität im Kampf gegen das Hochwasser ist der Zusammenhalt im Land enorm gewachsen.

Etwas anderes hat 1997 noch nicht so gut funktioniert. Das war die Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn. Auch hier sind wir heute viel weiter. Die Kooperation ist enger geworden, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen größer. Oder und Neiße trennen heute nicht

mehr, sie verbinden eine gemeinsame Region in der Mitte Europas.

Ja, vieles könnte noch besser sein. In einer idealen Welt wäre es das. Aber



das Leben spielt sich nun einmal in Relationen ab. Bei aller produktiven Unzufriedenheit darüber, dass manches Wünschenswerte noch nicht erreicht ist: Brandenburg, von uns Sozialdemokraten regiert seit zwanzig Jahren, ist heute ein modernes und aufstrebendes Gemeinwesen. Unser Brandenburg ist ein Land mit Perspektiven, ein Land, in dem es sich gut leben lässt.

Blicken wir zurück auf die vergangenen zwei Jahrzehnte, dann blicken wir zurück auf harte Zeiten, auch auf Augenblicke der Ratlosigkeit und Resignation. Aber es waren eben harte Zeiten, die dieses Land und

„Brandenburg 1990, das war alles andere als ein Selbstgänger. Brandenburg 1990, das war ein fast tollkühner Sprung ins Ungewisse.“

seine Menschen letztlich gemeistert haben. Diese Erfahrung hat uns in Brandenburg geprägt und gestärkt. 1990 bis 2010, das war eine Ära des Aufbruchs, eine Ära der wirtschaftlichen und der sozialen Erneuerung.

Es lohnt sich sehr, darüber nachzudenken, warum bei uns in Brandenburg einige Dinge gelungen sind, die anderswo nicht so gut klappen. Ich glaube, Prozesse des Umbruchs und der Neuorientierung gelingen am besten immer dann, wenn Menschen eine Erdung besitzen – eine Erdung, die ihnen sichere Orientierung ermöglicht: eine Heimat, das Gefühl von Zusammengehörigkeit in einem Dorf, in einer Stadt, in einem Land, also lokaler oder regionaler Patriotismus.

Das funktioniert natürlich überall da besonders gut, wo man sich auf

alte und langfristig gewachsene Zugehörigkeiten berufen kann. Heute bekennen sich die Brandenburgerinnen und Brandenburger völlig selbstverständlich zu ihrem Land:

» Deutlich über 90 Prozent geben in Umfragen regelmäßig zu Protokoll, dass sie gerne hier leben.

» Konstant mehr als zwei Drittel finden,

dass sich Brandenburg in die richtige Richtung entwickelt.

» Kinder und Jugendliche in Brandenburg wachsen heute mit einem völlig naturwüchsigen Brandenburg-Bewusstsein auf – ganz so, als wenn es unser Land schon immer gegeben hätte.

Aber – und das wird inzwischen leicht vergessen: So war es ja überhaupt nicht. Ihr wisst es: Unser Brandenburg, das den Bürgerinnen und Bürgern heute oft schon ganz selbstverständlich vorkommt, ist alles andere als naturgegeben, alles andere als selbstverständlich.

Als Brandenburg 1990 gegründet wurde, da konnten sich seine Gründer eben nicht auf stabile Fundamente stützen. Da gab es hier noch keinen urwüchsigen Brandenburger Regionalpatriotismus so wie zum

Beispiel in Sachsen oder in Thüringen. Als die Grenze gerade erst offen war, wehten da ja sofort schon wieder die alten Landesfahnen. Brandenburg hatte es früher bereits gegeben: als Mark Brandenburg in historischen Zeiten und seit 1815 als preußische Verwaltungsprovinz. Aber als nach dem Zweiten Weltkrieg in der sowjetisch besetzten Zone das kurzlebige Land Brandenburg gegründet wurde, da existierte hier keinerlei Tradition eigener Parlamente und eigener Regierungen. Und 1952, mit der Gründung der DDR-Bezirke, war es dann bekanntlich schon wieder vorbei mit Brandenburg.

Danach, in den Jahrzehnten der DDR, verblasste die Erinnerung an Brandenburg aus dem Bewusstsein der Menschen in dieser Region:

» Man kam aus dem Bezirk Potsdam oder Frankfurt oder Cottbus.

» Man kam aus diesem oder jenem Kreis.

» Man kam aus dieser oder jener Stadt.

» Man kam vielleicht aus einer unserer historischen Landschaften: aus der Prignitz etwa oder aus der Uckermark, aus dem Fläming oder aus der Lausitz.

» Nur aus Brandenburg – aus Brandenburg kam man nicht.

Brandenburg 1990, das war alles andere als ein Selbstgänger. Brandenburg 1990, das war ein fast tollkühner Sprung ins Ungewisse.

Einen Mann gab es, der das ganz genau verstand. Einen Mann gab es, der ganz genau begriff, dass ein Bundesland mehr sein muss als Parlament und Regierung, mehr als Verwaltung und Justiz, mehr als Gesetze und Vorschriften. Einen Mann gab es, der ganz genau wusste, dass ein Land ohne Landesidentität auf die Dauer niemals lebens- und zukunftsfähig sein würde.

Dieser Mann war und ist der wahre, der eigentliche Gründungsvater von Brandenburg. Dieser Mann war und ist unser Ministerpräsident außer Dienst, dieser Mann war und ist der Ehrenvorsitzende unserer Partei: Manfred Stolpe!

„Manfred Stolpe hatte eine Idee von Brandenburg im Kopf. Und Manfred Stolpe trug eine Idee von Brandenburg im Herzen.“

Ich weiß: Der letzte Beweis wird niemals zu erbringen sein. Aber fast alles, im Grunde wirklich alles spricht dafür:

» Ohne Manfred Stolpe wäre das Land Brandenburg, so wie wir es

heute kennen, niemals entstanden! Ohne Manfred Stolpe hätte Brandenburg seit 1990 niemals Fahrt aufgenommen! Ohne Manfred Stolpe wäre Brandenburg nicht die Erfolgsgeschichte, die es heute ist.

» Manfred Stolpe hatte eine Idee von Brandenburg im Kopf. Und Manfred Stolpe trug eine Vision von Brandenburg im Herzen. Und zwar vor allen anderen! Nicht erst 1990! Nicht erst, als sich die historische Gelegenheit ergab, sondern schon viele Jahre früher!

In seinem Buch „Schwieriger Aufbruch“ hat Manfred Stolpe anschaulich beschrieben, wie er bereits ab 1980 den brandenburgischen Roten Adler als Aufkleber an seinem Auto befestigt hatte. Kaum jemand wusste zu dieser Zeit überhaupt noch,

wofür der Rote Adler stand. Manche Leute fragten Manfred Stolpe, was ihn denn so innig mit Tirol verbinde. Das dortige Wappen mit Rotem Adler kannten sie, das Brandenburgische war völlig in Vergessenheit geraten!

Aber Manfred Stolpe ließ sich nicht beirren. Seine Mission hieß Brandenburg. Er besorgte sich auf Umwegen aus West-Berlin Dutzende dieser Aufkleber, und er verteilte sie an Leute, die sie seiner Ansicht nach verdient hatten. Er ließ in West-Berlin auch Krawatten mit dem Roten Adler als Motiv herstellen und verteilte sie ebenfalls in seinem Brandenburg. Wohlgedemert: Das alles spielte sich in den tiefsten achtziger Jahren ab, zu einer Zeit, als weit und breit noch keiner mit dem Ende der



DDR rechnete, erst recht nicht mit der Gründung von Bundesländern in Ostdeutschland. Manfred Stolpe aber trug Brandenburg im Herzen. Er wollte ganz einfach, wie er schreibt, „etwas wachhalten, was allmählich ganz zu versinken begann“.

Genau das ist Manfred Stolpe gelungen. Und wie ihm das gelungen ist! 1990 zahlte sich seine Hartnäckigkeit endlich aus. Das Land Brandenburg wurde neu gegründet. Und schon 1992 konnte Manfred Stolpe zufrieden feststellen: „Unser Roter Adler, unsere Brandenburger Hymne sind Mutmacher geworden. Sie stiften Identität und können entscheidend dazu beitragen, unser gebeuteltes Land voranzubringen.“

Spätestens heute, 18 Jahre danach, müsste es eigentlich allen klar geworden sein: Ohne diese brandenburgische Identität, ohne dieses Brandenburger Wir-Gefühl hätte unser Land den Aufbruch nach vorn niemals geschafft. Selbst die besten politischen Rezepte und Konzepte laufen ins Leere, wo Menschen nicht das Gefühl haben, dass sie für ein gemeinschaftliches Ziel mit anderen am selben Strang ziehen. Brandenburg war und ist so ein Ziel. Darum ist es ein Glücksfall der deutschen

Geschichte, dass Manfred Stolpes Vision von Brandenburg Wirklichkeit geworden ist.

Heute identifizieren sich die Menschen zwischen Prenzlau und Spremberg, zwischen Wittenberge und

„Manfred Stolpes historische Leistung als Gründervater unseres Landes wird vor der Geschichte Bestand haben.“

Frankfurt, zwischen Rathenow und Eisenhüttenstadt ganz selbstverständlich mit unserem Land. Gerade wo vieles im Umbruch ist, brauchen Menschen Halt und Heimat, Zugehörigkeit und Orientierung. Manfred Stolpe wusste das. Und er zog daraus genau die richtigen Konsequenzen.

Wir Brandenburger – und wir Brandenburger Sozialdemokraten ganz besonders – verdanken Manfred Stolpe viel. Ich sage es ganz bewusst pathetisch, denn an dieser Stelle ist Pathos wirklich einmal der einzige angemessene Ton: Manfred Stolpes historische Leistung als Gründervater unseres Landes wird vor der Geschichte Bestand haben.

Bei Lichte betrachtet war die Sache allerdings noch ein ganzes Stück verwickelter. Vielleicht – oder ganz



bestimmt sogar – wäre nämlich alles ganz anders gekommen, hätte nicht ein kluger und umtriebiger

„Die Brandenburger Politik der vergangenen zwei Jahrzehnte, das war vor allem ein anhaltender und beinhardter Kampf um Arbeit.“

Brandenburger Sozialdemokrat der ersten Stunde eine geniale Personalidee gehabt. Dieser Mann war unser erster und langjähriger Landesvorsitzender, dieser Mann war Steffen Reiche.

Manfred Stolpe war im Juli 1990 gerade erst seit ein paar Tagen Mitglied der SPD, da stand Steffen (gemeinsam mit Siegfried von Rabenau) auch schon bei ihm vor der Tür und fragte höflich an, ob sich der Herr Konsistorialpräsident wohl vorstellen könne, als sozialdemokratischer Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in die erste Landtagswahl zu ziehen. Ja, Manfred Stolpe war, ist und bleibt unzweifelhaft der Gründervater des Landes Brandenburg. Aber dies ist auch klar: Ohne Steffens Intervention wäre es zu dieser fruchtbaren Vaterschaft gar nicht erst gekommen.

Auf den Weg gebracht von Manfred Stolpe, von Steffen Reiche, von Regine Hildebrandt, von vielen ihrer Mitstreiterinnen und Mitstreiter, hat unser junges Land Brandenburg in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine wahrhaft eindrucksvolle Auf-

wärtsentwicklung genommen. Das gilt in wirtschaftlicher Hinsicht, das gilt für den Arbeitsmarkt, das gilt für Kultur und Lebensqualität. In

vieler Hinsicht sind wir heute eine europäische Region mit Perspektiven, eine Region im Vorwärtsgang und im Aufbruch.

Aber Ihr alle wisst es:

» Die Brandenburger Politik der vergangenen zwei Jahrzehnte, das war vor allem ein anhaltender und beinhardter Kampf um Arbeit.

» Das war der Kampf um die Rettung bestehender Arbeitsplätze.

» Das war die ständige Anstrengung, neue, zukunfts-trächtige Jobs nach Brandenburg zu holen, weil sich die alten in den meisten Fällen eben doch nicht bewahren ließen.

Wir haben Zeiten erlebt, da war jeder und jede Fünfte in Brandenburg ohne Arbeit. Selbst vor fünf Jahren noch lagen wir bei 20 Prozent Arbeitslosigkeit im Brandenburger Durchschnitt! Im Sommer vorigen Jahres konnten wir dann im Landtagswahlkampf voller Stolz damit werben, dass wir uns inzwischen auf knapp 14 Prozent verbessert hatten. Schon das war ein Quantensprung nach vorn.

Und heute? Im Mai 2010 lag die Arbeitslosigkeit in Brandenburg insgesamt gerade noch bei 11,1 Prozent: Niedriger als bei unseren Nachbarn in Sachsen. Niedriger als in Sachsen-Anhalt. Niedriger als in Mecklenburg-Vorpommern. Und deutlich niedriger auch als in Berlin, wo

13,6 Prozent ohne Arbeit sind. Vor allem aber: Wir in Brandenburg sind auf dem allerbesten Wege, endlich auch zum westdeutschen Standard aufzuschließen.

„Und heute? Im Mai 2010 lag die Arbeitslosigkeit in Brandenburg noch bei 11,1 Prozent. Niedriger als bei unseren Nachbarn in Sachsen.“

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben wir viel und depressiv über Ostdeutschland diskutiert: „Ostdeutschland, die chronische Krisenregion“. „Ostdeutschland, das Fass ohne Boden“. „Ostdeutschland, das Mezzogiorno des Nordens“. Das waren die Schlagworte. So anhaltend und so pessimistisch wurden diese Diskussionen geführt, dass die Diagnose irgendwann drohte, zur sich selbst erfüllenden Prophezeiung zu werden.

So ist es ja leider oft genug: Schwierige Zeiten produzieren Pessimismus, und Pessimismus produziert umgekehrt neue Probleme und neue Hoffnungslosigkeit. In Brandenburg haben wir diesen destruktiven Teufelskreis durchbrochen. Wir haben aufgeholt und aufgeschlossen – und zwar in einer Art und Weise, die ich selbst vor drei oder vier Jahren noch für kaum möglich gehalten hätte.

Ein paar Beispiele, Stand Mai 2010:

» In Potsdam (8,1 Prozent) liegt die Arbeitslosigkeit heute niedriger als im bayrischen Nürnberg (8,4).

» In der Mittelmark (7,1) fällt die Arbeitslosigkeit geringer aus als in der deutschen Bankenmetropole Frankfurt am Main (7,9).

» In Teltow-Fläming (8,8) fällt die Arbeitslosenquote inzwischen geringer aus als in Hannover (9,1).

» In Dahme-Spreewald (7,7) liegt sie niedriger als in der erfolgreichen Handelsmetropole Hamburg (8,1).

» Im Havelland (9,7) liegt sie niedriger als in Kassel (10,1).

» Im Barnim (9,7) liegt die Arbeitslosenquote unter der von Köln (9,9).

» Und hier in Oberhavel (10,2) ist sie niedriger als in Kaiserslautern (10,8) oder Kiel (10,7).

» In Spree-Neiße (11,3) und Oder-Spree (11,0) ist sie niedriger als in Lübeck (11,4).

» Und in Märkisch Oderland liegt die Arbeitslosenrate (11,9) inzwi-

ben. Und natürlich haben wir einzelne Regionen in unserem Land, die es strukturell deutlich schwerer haben und in denen die Lage auf absehbare Zeit auch deutlich schwieriger bleiben wird als anderswo: In der Uckermark (16,8) ist das so, in der Prignitz (14,5) ist das so, in Elbe-Elster (14,5) ist das so, in Oberspreewald-Lausitz (15,5) ist das so. In diesen Landkreisen beträgt die Arbeitslosigkeit noch immer um die 15 Prozent.

Aber: Auch in diesen Regionen hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt überall deutlich verbessert. Sie ist heute günstiger, als sie es über viele Jahre hinweg war. In der Uckermark beispielsweise lag die Arbeitslosigkeit noch vor vier Jahren bei über 26 Prozent, jetzt liegt sie fast zehn Punkte niedriger! Auch hier haben wir Fortschritte erzielt, auch hier kommen wir weiterhin Schritt für Schritt voran.

„Spätestens jetzt wissen wir: Wir sind reif für die erste Liga. Wir können mithalten in Deutschland und Europa.“

schon unter der von Bremen (12,1).

Na klar, das ist uns immer noch zu viel. Das sind zu viele Menschen, die noch immer nicht die Gelegenheit erhalten, auf ihren eigenen Füßen zu stehen und ihr eigenes Leben zu le-

Aber die entscheidende Botschaft dieser Erfolge – zwanzig Jahre nach der Gründung unseres Landes – ist eine andere. Die entscheidende Botschaft dieser Zahlen lautet: Wir in Brandenburg haben uns durchgebissen, wir haben uns nach vorn gearbeitet. Spätestens jetzt wissen wir:

Wir sind reif für die erste Liga! Wir können mithalten in Deutschland und Europa. Wir haben inzwischen allen Grund zu Selbstbewusstsein.

darauf müssen wir weiter aufbauen. Niemand, der eine Qualifikation besitzt, muss heute noch aus Brandenburg weggehen. Niemand mit

„Wir haben inzwischen allen Grund zu Selbstbewusstsein.“



Wer weiß, woher wir kommen, wer sich noch erinnert an die schlimmen Verhältnisse auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt in den 90er-Jahren, der begreift sofort:

- » Hier in dieser Region ist etwas passiert!
- » Hier ist die Erneuerung gelungen!
- » Hier ist ein enormer Weg zurückgelegt worden.

Brandenburg als Ganzes ist längst nicht mehr Nachzügler. Was wir inzwischen erreicht haben, das sind in immer mehr Bereichen „westdeutsche Verhältnisse“. Darauf können,

Schulabschluss muss heute noch abwandern, weil ihm seine märkische Heimat keine Arbeit und keine Perspektiven zu bieten hätte.

Vor 18 Jahren schrieb Manfred Stolpe diese Sätze: „Wir wollen eine moderne, effektive, zukunftsfähige Wirtschaftsregion werden (...) Tradition und Lebensqualität sollen sich mit Fortschritt und gutem Lebensstandard verbinden.“ Heute können wir festhalten: Brandenburg ist tatsächlich ein modernes, ein lebendiges, ein weltoffenes Land geworden – ein Land, das Menschen anzieht, die etwas vorhaben. Zum Beispiel junge,

ehrzeigige Fußballerinnen, die mit Turbine Potsdam und Bernd Schröder Deutsche Meister werden wollen und sogar Champions-League-Siegerinnen!

„Es sind in dieser gesamten Ära der Erneuerung zwar nicht nur, aber doch vor allem Sozialdemokraten gewesen, die diese erfolgreiche Entwicklung vorangetrieben haben.“

Aber: Dieser Erfolg unserer Sportlerinnen und Sportler – natürlich nicht allein unserer Fußballerinnen – ist nur ein Indiz von vielen dafür, wie dynamisch es in unserer Region vorangeht. Wer mit offenen Augen durchs Land fährt, der wird zahllose andere Belege entdecken. Bestes Beispiel ist unser neuer Flughafen „Berlin-Brandenburg International“. Mit seinem schönen Beinamen „Willy Brandt“ steht dieses Projekt wie kein zweites für die Modernisierung unserer Region, für Arbeitsplätze, für Ansiedlung, für Internationalität und für die Erreichbarkeit Brandenburgs aus aller Welt. Und daran wird sich auch dann nichts ändern, falls es mit der Eröffnung am Ende ein paar Monate länger dauert als geplant.

Der Erfolg Brandenburgs ist in erster Linie der Erfolg der Menschen, die hier leben: der Bürgerinnen und Bür-

ger, der Arbeitnehmer und Arbeitgeber, der Kammern und der Gewerkschaften, der Betriebsleitungen und Betriebsräte, der vielen, vielen ehrenamtlich Engagierten in den Verei-

nen und Initiativen überall in Brandenburg. Sie alle zusammen haben aus unserem Land so richtig etwas gemacht.

Aber – in aller märkischen Bescheidenheit: Dieser Erfolg ist auch unser Erfolg. Es ist der Erfolg sozialdemokratischer Politik, der Erfolg von Brandenburger Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Denn es sind in dieser gesamten Ära der Erneuerung zwar nicht nur, aber doch vor allem Sozialdemokraten gewesen, die diese erfolgreiche Entwicklung vorangetrieben haben. Es ist unsere sozialdemokratische Arbeit in den vergangenen zwei Jahrzehnten, die Stadt und Land gut getan hat, es ist unsere Arbeit, die Land und Leuten gut getan hat. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben sich auf uns verlassen, und sie konnten sich auch auf uns verlassen. Sie konnten sich über zwei Jahrzehnte hinweg deshalb auf uns verlassen, weil wir eben keine engstirnige Klientelpartei sind, keine Partei, die nur die Interessen einzelner Gruppen in

der Gesellschaft gegen andere Gruppen durchsetzen will.

Sie konnten sich auf uns verlassen, weil es uns immer um die ganze Gesellschaft geht,

- » um Zusammenhalt,
- » um Lebenschancen und wirtschaftlichen Erfolg für alle Menschen und alle Gruppen im Land,
- » um sozialen Ausgleich und um gleiche Aufstiegschancen für alle.

Oder kurz und bündig: Weil es uns immer verlässlich um unsere sozialdemokratischen Grundwerte geht – um Freiheit, um Gerechtigkeit, um Solidarität. Diese Erwartungen der Menschen im Land haben wir in der Vergangenheit nicht enttäuscht. Wir dürfen sie auch in Zukunft nicht enttäuschen. Solange

wir diesen Erwartungen gerecht werden, sind wir auf dem richtigen Kurs.

» Solange wir immer deutlich machen: Wir stehen klipp und klar an der Seite der Menschen;

» solange wir in unserer gesamten Körpersprache deutlich machen: wir sind die Partei der breiten Mitte

unserer brandenburgischen Gesellschaft;

» solange wir vermitteln: wir stehen für das Gesamtinteresse unseres Landes;

» solange werden wir Sozialdemokraten die Brandenburgpartei sein und das Vertrauen der Menschen genießen.

Ich habe keinen Zweifel daran, dass wir das schaffen können. Wir haben 2008 die Kommunalwahl gewonnen und 2009 – gegen einen massiven Bundestrend – auch die Landtagswahl. Wir stellen in neun von 14 Landkreisen den Landrat und in drei unserer vier Großstädte den Oberbürgermeister.

Und: Wir haben das große Glück, in Klaus Ness einen ebenso scharfsin-

„Unsere immer wieder bewiesene Fähigkeit zur Selbsterneuerung hat ihre Ursache nicht zuletzt in der Schwäche der politischen Konkurrenz.“

nigen wie tatkräftigen Generalsekretär zu besitzen, der wieder und wieder den Unterschied ausgemacht hat zwischen Wahlsieg und Wahlniederlage. Dass die Brandenburger SPD deutlich besser dasteht als einige andere ostdeutsche Landesverbände, das verdanken wir nicht

zuletzt unserem Generalsekretär. Klaus, ganz herzlichen Dank für Deine Arbeit!

Ich habe es bereits gesagt: Wir Brandenburger Sozialdemokraten sind immer auch fähig gewesen zur Selbstkritik und zur Selbstkorrektur. Das mussten wir übrigens schon deswegen sein, weil wir es im Laufe der vergangenen zwei Jahrzehnte nicht immer mit konstruktiven und intelligenten Oppositionsparteien zu tun hatten. Unsere immer wieder bewiesene Fähigkeit zur Selbsterneuerung hat ihre Ursache nicht zuletzt in der Schwäche unserer politischen Konkurrenz.



Selbstkritik und Selbstkontrolle, Nachdenklichkeit über den eingeschlagenen Weg, auch Zweifel an der Richtigkeit eigener Entscheidungen – das alles hat unsere Partei immer

ausgezeichnet. Das alles gibt es zum Glück auch weiterhin. Zum Glück deshalb, weil nur dazulernende und ihre Fehler korrigierende Organisationen und Gemeinwesen eine Zukunft haben.

Natürlich wurden in 20 Jahren Brandenburg auch Fehler gemacht, natürlich gab es Fehleinschätzungen, natürlich wurde mancher Irrweg eingeschlagen. Wie hätte es anders sein können? Der Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens nach sechzig Jahren Diktatur bei gleichzeitigem Radikalumbruch aller wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – das ist kein

Pappenstil! Entscheidend ist nicht, ob Fehler gemacht werden, sondern ob Fehlentwicklungen korrigiert werden.

Den Versäumnissen und Defiziten der Transformation in Brandenburg nach Jahrzehnten der

Diktatur wird in den kommenden Jahren eine Enquetekommission des Landtages unter Leitung von Klara Geywitz auf den Grund gehen. Ich begrüße das sehr, weil es uns die Ge-

legenheit gibt, aus gemachter Erfahrung für die Zukunft zu lernen.

Ich will den Ergebnissen dieser Kommission überhaupt nicht vorgreifen, aber aus meiner persönlichen Perspektive

doch dies sagen: Es war ein Fehler, dass wir den Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung nach der Auseinandersetzung um Manfred Stolpes Stasi-Kontakte nicht mehr energisch fortgesetzt haben. Es war ein erklärbarer und nachvollziehbarer Fehler – aber eben doch ein Fehler.

Erinnern wir uns: Der Versuch von Teilen der Medien und Politik, die Abrechnung mit 40 Jahren SED-Diktatur in den frühen neunziger Jahren ausgerechnet an der Person Manfred Stolpe festzumachen, war von vornherein absurd. Und zwar so absurd, dass sich sehr viele Menschen, hier in Brandenburg und in ganz Ostdeutschland, mit Verdruss und mit Grausen abwandten.

„Wenn das Aufarbeitung sein soll, dann vielen Dank! Dann wollen wir lieber keine Aufarbeitung.“ Das war die Reaktion vieler, sehr vieler Menschen

auf die irregeleitete Kampagne gegen Manfred Stolpe. Und Recht hatten sie! Das war in der Tat keine geeignete Form der Auseinandersetzung mit dem Wesen der SED-Diktatur.

„Es war ein Fehler, dass wir den Prozess der Vergangenheitsaufarbeitung nach der Auseinandersetzung um Manfred Stolpes Stasi-Kontakte nicht mehr energisch fortgesetzt haben.“

Unser Fehler war nun aber, dass auch wir uns diesen Verdruss und diese Enttäuschung zueigen machten. Auch wir meinten: „So nicht! Dann besser gar keine Aufarbeitung.“ Wir hätten stattdessen sagen sollen: „Nein, so funktioniert Aufarbeitung nicht, und darum zeigen wir jetzt, wie es gehen kann: nachdenklich und aufklärerisch, differenziert statt denunziatorisch.“ Das haben wir aber nicht gesagt und auch nicht getan, sondern wir sind zur Aufarbeitung ganz generell auf Abstand gegangen. Wie gesagt: Erklärlich – aber falsch. Es erklärt zum Beispiel, warum es in Brandenburg in den vergangenen Jahren keine Regelüberprüfung für Landtagsabgeordnete und auch keinen Stasi-Beauftragten gegeben hat.

Aus den gemachten Fehlern lernen

wir. Das übrigens scheint mir derzeit der Unterschied zu sein zwischen unserer konstruktiven sozialdemokratischen Herangehensweise an die Aufarbeitung der Vergangenheit und der Herangehensweise von Teilen der Opposition. Schon wieder wird vermeintliche Aufarbeitung instrumentalisiert, um kurzfristige politische Knalleffekte zu erzielen. Das wird wieder nach hinten losgehen.

Aber was schlimmer ist: Die Menschen werden sich genauso angewidert von jeglicher Aufarbeitung abwenden, wie sie es schon in den 90er-Jahren getan haben.

Genau deshalb ist es so dumm und schädlich, wenn Herr Dombrowski von der CDU in Häftlingskleidung im Landtag herumspringt. Genau deshalb hilft es keinem, wenn Herr Vogel von den Grünen die Branden-

der Vergangenheit lernen, um die Zukunft besser meistern zu können, für andere ist die Beschäftigung mit dem Gewesenen ein Zweck an sich. Uns reicht das nicht! Uns ist das zu wenig! Denn wir sind von den Bürgerinnen und Bürgern dafür gewählt worden, Brandenburg voranzubringen.

Seit der Landtagswahl im Herbst 2009 regieren wir erstmals gemeinsam mit der Linkspartei. Unsere neue Regierungskoalition hat ihre Arbeit sehr bewusst unter das Motto gestellt: „Gemeinsinn und Erneuerung – ein Brandenburg für alle“. Sozialdemokratischer geht es kaum! Bereits in den ersten Monaten unserer Arbeit haben wir mit dieser Koalition klare sozialdemokratische Akzente durchgesetzt – Akzente, wie sie mit unserem früheren Koalitionspartner so nicht zu machen gewesen wären.

„Bereits in den ersten Monaten unserer Arbeit haben wir mit dieser Koalition klare sozialdemokratische Akzente durchgesetzt.“

burger Landwirtschaft bezichtigt, dem „Leninismus“ und dem „Frühkommunismus“ zu huldigen. Das alles bringt uns nicht weiter! Das alles wirft uns nur zurück.

Mein Eindruck ist: Wir wollen aus

» Weil wir wollen, dass ausnahmslos alle Kinder in Brandenburg gute Startchancen haben, verbessern wir die Qualität unserer Kitas weiter.

» Weil die Zukunft Brandenburgs und der Menschen hier im Land an der Bildung hängt, stellen wir neue Lehrerinnen und Lehrer ein.

» Weil Bildungs- und Lebenschan-

cen nicht von der sozialen Herkunft abhängen dürfen, führen wir das Brandenburger Schüler-Bafög ein.

» Weil wir in Brandenburg starke Familien wollen, bauen wir die „Netzwerke Gesunde Kinder“ flächendeckend im ganzen Land aus.

» Und weil gute Arbeit auch gut bezahlt werden soll, werden wir öffentliche Aufträge nur noch dann vergeben, wenn ein Mindestlohn gezahlt wird.

Das Schüler-Bafög ist übrigens ein besonders interessanter Fall. Es soll ein klares Signal setzen. Mit dem Schüler-Bafög zeigen wir jeder einzelnen Schülerin und jedem einzelnen Schüler in Brandenburg: Wir erkennen Leistung und Aufstiegswillen an. Wir unterstützen und fördern schulische Anstrengung! Das Schüler-Bafög hat Diskussionen ausgelöst. Das ist in Ordnung. Die Debatte um den vorsorgenden Sozialstaat braucht viel mehr Lebendigkeit! Da gehört Herzblut hinein!

Manche sagen: Die Förderung durch das Schüler-Bafög kommt, bezogen auf das Alter der Geförderten, zu spät. Dazu sage ich: Genau deshalb

investieren wir ja zugleich in unsere Kitas, deshalb stellen wir zugleich neue Lehrerinnen und Lehrer ein.

Es gibt eben nicht die eine weiße Wundersalbe, die alle Probleme von Bildungsqualität und Chancenun-

„Das Schüler-Bafög hat Diskussionen ausgelöst. Das ist in Ordnung. Die Debatte um den vorsorgenden Sozialstaat braucht viel mehr Lebendigkeit.“

gleichheit auf einen Schlag behebt. Darum müssen wir unsere Hebel an verschiedenen Stellen gleichzeitig ansetzen. Aber es gibt nicht nur Kritik am Schüler-Bafög nach dem Muster „Zu spät, zu wenig“. Es gibt auch die hämischen und verächtliche Töne derjenigen, denen die ganze Richtung nicht passt.

Auch in Brandenburg haben wir Parteien, in denen man der Auffassung ist, es sei schon ganz in Ordnung, wenn Arbeiterkinder oder Kinder von Arbeitslosen nicht auf die höhere Schule gehen; es sei schon ganz in Ordnung, wenn die unteren Schichten unter sich bleiben. Aber diese elitäre und rückwärts gewandte Ideologie hat in einem Brandenburg mit Gemeinsinn nichts zu suchen! Diese elitäre und rückwärts gewandte

Ideologie hat in einem Brandenburg, das sich erneuert, nichts zu suchen! Diese elitäre und rückwärts gewandte Ideologie hat in einem „Brandenburg für alle“ nichts zu suchen!

„Ob die Brandenburger CDU in ihrer manchmal fast gespenstischen Einfalt diesen Zusammenhang jemals begreifen wird, wage ich nicht vorauszusagen.“

Wer glaubt, es sei schon ganz in Ordnung, jungen Menschen Bildung und Entwicklungschancen vorzuenthalten, der hat die Herausforderungen schlicht nicht verstanden, vor denen wir in Brandenburg heute stehen: ökonomisch, sozial und demografisch. Die Wahrheit ist: Unser Land braucht jede und jeden einzelnen. Dass wir jedes Bildungspotenzial heben und fördern müssen, dass wir neue Leitern für den sozialen Aufstieg aufstellen müssen – das ist nicht bloß ein Gebot der Gerechtigkeit. Das ist vor allem auch ein Gebot der nackten ökonomischen Vernunft. Ob die Brandenburger CDU in ihrer manchmal fast gespenstischen Einfalt diesen Zusammenhang jemals begreifen wird, wage ich nicht vorauszusagen.

Aber unsere Unternehmer, unsere Wirtschaftsverbände und unsere Handelskammern erkennen die Zei-

chen der Zeit: Sie wissen, dass die Brandenburger Wirtschaft dringend qualifizierte Mitarbeiter braucht. Sie sind unsere Partner auf dem Weg zu einer umfassenden Bildungs- und

Aufstiegs-
politik für
alle.

Das gilt
auch für
unser Ziel,
die Quote

der Schulabgänger ohne Abschluss in Brandenburg drastisch zu senken. Wir können es uns moralisch nicht leisten, dass gegenwärtig über zehn von 100 Jugendlichen im Land ohne tauglichen Abschluss ins Leben entlassen werden. Aber wir können es uns eben auch ökonomisch nicht mehr leisten. Der hohe Anteil von Schulabgängern ohne Abschluss ist ein unhaltbarer Zustand – aber kein unüberwindbares Schicksal.

Andere Staaten beweisen, dass viel bessere Ergebnisse möglich sind – durch mehr inklusives, gemeinsames Lernen, durch bessere individuelle Förderung. Darum haben wir im Koalitionsvertrag klar festgelegt, dass wir intensiv auf die Halbierung dieser Zahl bis 2015 hinarbeiten werden. Wir müssen hier vorankommen! Auch daran wird man uns messen. Auch auf diesem Feld müssen wir eine Aufholjagd hinlegen. Holger

Rupprecht wird alles daran setzen, diesen Prozess voranzutreiben.

In zwanzig Jahren Brandenburg haben wir viel geschafft, aber es bleibt noch viel zu tun. Und die kommenden Jahre werden hart, wahrscheinlich sogar außerordentlich hart.

Brandenburg ist keine idyllische Insel weitab vom Weltgeschehen. Im Gegenteil, wir sind heute mittendrin im Geschehen, und das ist gut so, denn da wollten wir hin. Aber zugleich ist das Land Brandenburg eben keine souveräne Weltmacht. Die großen Entwicklungen in Deutschland, in Europa und der Welt betreffen uns immer ganz direkt, umgekehrt haben wir hier in Brandenburg auf diese Entwicklungen aber nur wenig Einfluss.

Mit Rainer Speer als Finanzminister konnten wir in den vergangenen Jahren eine kluge und umsichtige Politik der Haushaltskonsolidierung betreiben. Wir waren auf einem guten Kurs: 2007 und 2008 mussten wir erstmals seit der Gründung

unseres Landes keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, dazu die Verschuldungs- und Euro-Krise haben uns einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Die Rahmenbedingungen für unsere öffentlichen Haushalte auch in Brandenburg haben sich dramatisch verschlechtert.

Das in dieser Woche angekündigte Sparpaket der Bundesregierung, dazu das Auslaufen des Solidarpakts, der demografische Umbruch – das alles wird unsere Landesfinanzen in den kommenden Jahren dramatisch



belasten. Klar ist: Wir dürfen nicht zulassen, dass Brandenburg in einem Strudel von immer höherer Verschuldung, immer höheren Zinszahlungen und wiederum wachsender Verschuldung versinkt.

Wir Sozialdemokraten verstehen uns als die Partei des handlungsfähigen Staates; überschuldete Staaten sind aber nicht handlungsfähig. Es ist in unserem ureigenen Interesse, für gesunde öffentliche Haushalte zu sorgen! Wohin der Marsch in die Überschuldung führen kann, das haben wir soeben am Beispiel Griechenland erlebt. Unseren Kindern und Enkeln gegenüber tragen wir die Verantwortung, niemals solch einen Absturz in die Zahlungsunfähigkeit zuzulassen.

Übrigens: Wir alle könnten deutlich zuversichtlicher in die Zukunft blicken, wenn auf der Brücke des Schiffes heute gestandene Steuermänner wie Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück, Sigmar Gabriel und

„Wir Sozialdemokraten lehnen eine Sparpolitik ab, bei der die Leidtragenden der Spekulationskrise auch noch die Kohlen für die Verantwortlichen aus dem Feuer holen sollen.“

Olaf Scholz stehen würden – nicht ratlose Gestalten wie Angela Merkel oder Leichtmatrosen wie Westerwelle und Brüderle! Jetzt begreift der Letzte, wie wichtig Frank und Peer für unser Land gewesen sind – und hoffentlich bald wieder sein werden.

Neuerdings erklären die derzeitige Bundeskanzlerin und ihr Westerwelle ja überall, „wir“ dürften nicht mehr über unsere Verhältnisse leben. Die Frage ist nur: Hatte Schwarz-Gelb nicht gerade noch riesige Steuer-senkungen versprochen? Und: Wen eigentlich meinen die Merkel und Westerwelle mit „wir“?

Ganz im Ernst: Wer hat denn in den vergangenen Jahrzehnten über die eigenen Verhältnisse gelebt? Ganz sicher nicht die Millionen Normalverdiener, die Arbeitnehmer, die Arbeitslosen, die Rentner oder die Alleinerziehenden! Alle diese Menschen müssen kämpfen, um über die Runden zu kommen und ihre Familien zu ernähren!

»Ja, wir müssen mit weniger auskommen! Aber wir Sozialdemokraten lehnen

eine Sparpolitik ab, bei der die Leidtragenden der Spekulationskrise auch noch die Kohlen für die Verantwortlichen aus dem Feuer holen sollen.

» Ja, wir müssen mit weniger auskommen! Aber wir werden mit Sicherheit die Wirtschaft abwürgen,

wenn überall gleichzeitig gespart wird und wenn auch noch weit überwiegend bei denen gespart wird, die ihr gesamtes Einkommen aufwenden müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten.

» Ja, wir müssen mit weniger auskommen! Aber wir Brandenburger Sozialdemokraten fordern, dass sich an der Konsolidierung auch diejenigen beteiligen, denen es gut geht. Wir wollen, dass die Mövenpick-Steuer zurückgenommen wird. Wir wollen eine Steuer auf Finanztransaktionen. Und wir wollen einen Bildungssoli, um hohe Einkommen und Vermögen angemessen heranzuziehen, dass Schulen und Kitas gebaut werden können.

» Ja, wir müssen mit weniger auskommen! Aber wer wie Schwarz-Gelb bei den Hartz-IV-Empfängern kürzt und gleichzeitig an den skandalösen Subventionen bestimmter Klientel festhält, der spielt mit dem Feuer, der setzt mutwillig den sozialen Frieden im Land aufs Spiel.

» Ja, wir müssen mit weniger auskommen! Aber gerecht, fair und ausgewogen muss es dabei zugehen. Sogar der CDU-Wirtschaftsrat fordert die Erhöhung des Spitzensteuersatzes. Merkel und Westerwelle aber wollen davon nichts wissen.

» Ja, wir müssen mit weniger auskommen! Auch bei uns hier in Brandenburg. Aus Verantwortung für unser Land und seine Zukunft. Auch bei uns hier wird das nicht ohne Auseinandersetzungen und Konflikte abgehen. Natürlich nicht. Aber nicht jede

**„Heute bin ich mir ganz sicher:
Wir können die kommenden
Herausforderungen meistern.
Unsere Deiche werden halten.“**

Ausgabe ist gleich wichtig für die Zukunft unseres Landes.

Wir werden zum Beispiel nicht mehr jede Umgehungsstraße bauen können, auch wenn sie vor Ort wünschenswert erscheint. Wir werden zum Beispiel Personal in der öffentlichen Verwaltung reduzieren müssen – übrigens allein schon der demografischen Schrumpfung wegen. Und wir werden zum Beispiel auch Verwaltungsstandorte konzentrieren müssen.

Dies alles und anderes wird nötig sein. Worauf es dabei aber wirklich ankommt, ist, ob wir Sparen, Vorsorge und Investitionen klug miteinander verbinden. Und ob wir unser Handeln so erklären können, dass die Bürger die Leitidee von moderner Wirtschaft, Bildungschancen für

alle und Miteinander als Lebensform nachvollziehen können.

Das ist der Weg, den wir einschlagen wollen. Ich bin mir völlig sicher: Nur die jetzigen Brandenburger Regierungskoalition kann die Kraft, die Klugheit und die Professionalität aufbringen, diese Aufgabe zu lösen. Unsere fünf Minister – Günter Baaske, Martina Münch, Holger Rupprecht, Rainer Speer und Jörg

Vogelsänger – besitzen diese Kraft, diese Klugheit und diese Professionalität. Und dasselbe gilt für unsere Landtagsfraktion mit Dietmar Woidke an ihrer Spitze. Gemeinsam werden wir die vor uns liegenden Hürden überwinden.

Die ersten zwei Jahrzehnte Brandenburg liegen hinter uns. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern haben wir Sozialdemokraten unser Land in schwierigen Zeiten aufgebaut und vorangebracht. Vor uns liegen die nächsten zwei Jahrzehnte. Sie werden neue Chancen und Möglichkeiten bringen, aber – kein Zweifel – auch neue Unwetter und Stürme.

Einfacher wird es nicht, das wissen wir schon jetzt. Aber nach 20 Jahren ist Brandenburg ein modernes, ein intaktes und ein gefestigtes Gemeinwesen. Heute bin ich mir ganz sicher: Wir können die kommenden Herausforderungen meistern. Unsere Deiche werden halten.



Herausgeber

SPD-Landesverband Brandenburg
Regine-Hildebrandt-Haus
Alleestraße 9
14467 Potsdam

Telefon: 0331 7309800
Fax: 0331 730980-60
www.spd-brandenburg.de

Herstellung

Redaktionelle Verantwortung: Klaus Ness (V.i.S.d.P.), Lars Krumrey
Fotos: Guido Speer, Andreas Frey; Satz: Kai Dietrich
Druck: Hans Gieselmann Druck und Medienhaus GmbH & Co. KG,
Arthur-Scheunert-Allee 2, 14558 Nuthetal



Ich will hier rein!
www.eintreten.spd.de